

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

Politische und persönliche Weggefährten haben am Freitagnachmittag in Gröbenzell Abschied genommen von Michael Leonbacher, dem Kommunalpolitiker der Freien Wähler, der seit einem halben Jahr Pressesprecher im bayerischen Wirtschaftsministerium und stellvertretender bayerischer Regierungssprecher war. Es mögen etwa 500 Trauergäste in der Pfarrkirche Sankt Johann Baptist gewesen sein, darunter der bayerische Wirtschaftsminister und stellvertretende Ministerpräsident, Hubert Aiwanger, Staatskanzleichef Florian Hermann, die Minister Michael Pi-azolo und Thorsten Glauber, Staatssekretäre Anna Stolz und Roland Weigert, mit mir viele Landtagsabgeordnete, Kreispolitiker und Gemeinderäte verschiedener Parteien. Leonbacher war am 1. Mai im Alter von 57 Jahren an Herzversagen gestorben.



Die Prognosen des vor wenigen Tagen veröffentlichten UN-Artenschutzberichtes sind bedrückend: Demnach sind weltweit eine Million Arten akut vom Aussterben bedroht – weit mehr, als bislang befürchtet. Arten- und Umweltschutz sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur im Miteinander gelingt. Darüber hinaus haben wir einen Entschließungsantrag eingereicht, der viele weitere nichtgesetzliche Vorschläge aufgreift. So soll für ökologisch besonders sensible Gebiete ein Wegegebot geprüft werden, um Flora und Fauna zusätzlich zu schützen. Auch sinnvolle Einsatzgebiete und Fördermöglichkeiten für Flugdrohnen sollen ausgelotet werden – etwa bei der Wildtierrettung oder zur Aufenthaltsklärung von Wild in der Feldflur. Auch der Lichtverschmutzung wollen wir Einhalt gebieten, indem unnötige Beleuchtung abends ab 23.00 Uhr abgeschaltet wird. Besonders stolz sind wir darauf, dass Alltagskompetenz und Lebensökonomie als Bildungsziele in allen bayerischen Schulen verankert werden sollen. Dafür hatten wir FREIE WÄHLER uns seit vielen Jahren starkgemacht.

Eingesetzt haben wir uns diese Woche auch für folgende Themen:

- Ein klares Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung Deutschlands
- Abschaffung der Grunderwerbsteuer für Erstkäufer
- Petition für mehr Aufklärung über Depressionen
- Schaffung eines Straftatbestands für illegalen Welpenhandel
- Die Zukunft Europas

R ü c k b l i c k

Sozialistische und nationalistische Überlegungen haben die politische Debatte der vergangenen Wochen dominiert – und in der Bevölkerung viel Verunsicherung geschaffen. **Mit einem Dringlichkeitsantrag haben wir FREIE WÄHLER uns gestern im Plenum klar von allen politischen Überlegungen, welche die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik in Frage stellen, distanziert.** Schließlich besteht seit Jahrzehnten breiter Konsens darüber, dass sozialistische, kommunistische und nationalistische Irrwege kein Mittel deutscher und bayerischer Politik sind. Doch mit zunehmender Sorge beobachten wir, dass selbst führende Köpfe der SPD nicht vor linken Kampfparolen zurückschrecken. Wer aber mit dem Gedanken verfassungswidriger Enteignungen spielt, verlässt den Boden unseres Grundgesetzes und verschreckt breite Schichten der Bevölkerung, die über Wohneigentum und Aktien verfügen. Genauso abstrus sind Gedankenmodelle zur Verstaatlichung, Vergemeinschaftung oder Vergesellschaftung privatwirtschaftlicher Unternehmen. Wie „erfolgreich“ Volkseigentum wirtschaftet, hat die DDR eindrucksvoll gezeigt! Nicht minder besorgniserregend sind die offenkundig nationalistischen Auswüchse gewählter Volksvertreter. Dass Mandatsträger sich aufschwingen, mit Inbrunst die erste Strophe des Deutschlandliedes anzustimmen, finden wir unerträglich. Ein derartiges Verhalten bekundet mangelnden Respekt gegenüber den Grundwerten unserer Verfassung.

Gefreut hat unseren baupolitischen Sprecher **Hans Friedl** diese Woche die Forderung von Bauminister Reichhart, die **Grunderwerbsteuer für Erstkäufer abzuschaffen**. Schließlich haben wir FREIE WÄHLER uns schon in der vergangenen Legislaturperiode sowie im Koalitionsvertrag für deren Abschaffung stark gemacht. Bislang schreckt es viele Kaufinteressierte ab, wenn neben den Kosten für Makler, Notar und Grundbuchamt auch noch viele tausende Euro für Steuern fällig werden. Damit schränkt der Staat viele Menschen in ihrer Möglichkeit ein, über den Weg des Wohneigentums

Vermögen aufzubauen. Es braucht deshalb finanzielle Anreize, um den privaten Wohnungsbau anzukurbeln. Vom Wegfall der Grunderwerbsteuer würden gerade auch strukturschwächere Regionen profitieren: Eine solche steuerliche Entlastung könnte den Wohnungsmarkt auf dem Land kräftig ankurbeln und somit gleichzeitig zu einer Entspannung in den Metropolen beitragen. Steuerbefreiungen können jedoch – neben einem klaren Nein zu Wohnungsenteignungen – nur einer von mehreren Bausteinen sein, um dem Wohnungsmangel in Bayern entgegenzuwirken.

Auch die **Petition „Binden Sie endlich Aufklärung über Depression in den Schulunterricht ein, Herr Piazolo!“** von bayerischen Schülerinnen und Schülern, die diese Woche im Bildungsausschuss behandelt wurde, begrüßen wir FREIE WÄHLER ausdrücklich – auch unser Kultusminister Michael Piazolo. Denn noch immer werden depressive Menschen übersehen oder stigmatisiert, was häufig an der fehlenden Kenntnis ihrer Mitmenschen und in der komplexen Natur der Krankheit liegt. Hinzu kommt, dass in keiner anderen Altersgruppe Depressionen so weit verbreitet sind wie unter den 18- bis 29-Jährigen. Die Aufklärung über psychische Erkrankungen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der die Schulen einen Beitrag leisten müssen. Auch wenn Lehrkräfte keine Fachkräfte ersetzen können, muss unter ihnen das Bewusstsein für das Krankheitsbild geschärft werden. Das Leitbild muss lauten: „Erkennen, benennen, helfen“. Nur dann können sie angemessen reagieren und ihr Wissen an Eltern und Schülerschaft weitergeben. Wir freuen uns deshalb sehr, dass das Kultusministerium unter Kultusminister Piazolo schnell und sensibel reagiert hat. So können die Forderungen der hoch engagierten Schüler Eingang ins Lehramtsstudium, in die Lehrerfortbildung und in den Lehrplan finden.

Eingesetzt haben sich diese Woche Benno Zierer und Hans Friedl für **eine Kriminalisierung des illegalen Tierhandels**. Denn an Bayerns Grenzen werden jährlich etliche Hundewelpen aufgegriffen, die illegal aus dem Ausland importiert wurden. In oft jämmerlichem gesundheitlichem Zustand benötigen die Tiere sofort intensive, kostspielige Versorgung vor Ort. Denn die Tiere werden in engen Käfigen zusammengepfercht, sind zu jung, unzureichend genährt, nicht geimpft und kaum sozialisiert. Als Folge treten bei den Welpen häufig Krankheiten und Verhaltensstörungen auf. Gerade Tierheime in grenznahen Landkreisen stehen dadurch vor enormen finanziellen Herausforderungen. Damit muss Schluss sein. Gemäß Grundgesetz sind wir dem Schutz der Tiere verpflichtet, doch bislang wird illegaler Tierhandel nur als Ordnungswidrigkeit geahndet. Diese Einordnung ist viel zu lasch, um auch nur im Ansatz abschreckend zu wirken. Wir FREIE WÄHLER sind des-

halb überzeugt: **Es ist höchste Zeit für die Aufnahme eines entsprechenden Straftatbestands in das Tierschutzgesetz.** Weil illegale Welpenhändler häufig Internetplattformen nutzen, um Jungtiere aus ausländischen Vermehrungszuchten anzubieten, wollen wir uns auf Bundes- und Europaebene dafür einsetzen, den Handel mit Hunden, die jünger als sechs Monate sind, im Internet komplett zu verbieten.

Happy Birthday, Europa: Bei einem **Parlamentarischen Abend** mit rund 150 Gästen haben wir diese Woche im Maximilianeum den Europatag gefeiert. Wir wollten den 69. Geburtstag der Europäischen Union nutzen, um deren viele Erfolge hervorzuheben. Wir FREIE WÄHLER sind überzeugt, dass wir das Feld nicht denen überlassen dürfen, die die Errungenschaften dieser so erfolgreichen Organisation schlechtreden oder gar aufs Spiel setzen wollen. Freizügigkeit, die enormen Chancen des europäischen Binnenmarktes und das erfolgreichste Friedensprojekt aller Zeiten sind in der Welt ohne Beispiel. Diese Erfolgsgeschichte der EU wollen wir FREIE WÄHLER wieder näher an die Menschen herantragen. Denn derzeit krankt die EU, weil viele Staatenlenker zentrale rechtliche Standards infrage stellen. Vor allem aber bedroht die unbewältigte Migrationsfrage die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union. Außerdem muss die Jugendarbeitslosigkeit drastisch gesenkt, eine gemeinsame Armee geschaffen, Energiesicherheit hergestellt, ein solidarischer Umgang mit der Migrationsfrage geübt und die EU-Außengrenzen effektiv gesichert werden. Zudem bedarf es eines Bürokratieabbaus, von dem gerade auch die mittelständischen Betriebe profitieren müssen. **Die Europäische Union ist nicht allein eine Wirtschaftsgemeinschaft, vielmehr ist sie Motor der Demokratisierung eines ganzen Kontinents.**

Impressum MdL Hans Friedl, Am Weinberg 26b, 82239 Alling
